



Was bedeutet „doppelte Solidarität“?

Ende April 2013 machte ein bemerkenswerter Text des israelischen Friedensaktivisten Uri Avnery die Runde. Unter dem Titel „Ein Lob auf die Emotion“ schildert er darin in berührenden Worten eine gemeinsame Gedenkveranstaltung von Angehörigen israelischer und palästinensischer Gewaltopfer. Seinen Appell, Frieden mit dem jeweiligen Feind zu schließen, spitzt er in dem Satz zu: „Nichts kann schädlicher für Friedenschancen sein, als die Aktivitäten fanatischer pro-Israelis und pro-Palästinenser im Ausland, die denken, dass sie ihrer bevorzugten Seite helfen, wenn sie die andere Seite dämonisieren. Mit Dämonen macht man keinen Frieden.“¹

Manche Formen einer polarisierten Nahost-Debatte in Deutschland und anderswo tragen nur wenig zum Frieden bei. Man mag sie für irrelevant und daher für unschädlich halten, da sie sich zumeist fernab der Nahost-Realität abspielen. Uri Avnery stellt jedoch sehr deutlich klar, dass extreme Positionsnahmen so harmlos nicht sind. Vielmehr können sie in erheblichem Maße konfliktverschärfend wirken.

Während eines Abendvortrages in einer Gemeinde erläutere ich, welch immenses Hindernis für einen gerechten Frieden die israelische Siedlungspolitik im Westjordanland darstellt. Zugleich erkläre ich, warum ich es zur Erreichung eines gerechten Friedens dennoch für absolut kontraproduktiv halte, unter all den politischen Systemen auf der Welt, in denen Menschenrechte verletzt werden, ausgerechnet den Staat Israel singulär herauszugreifen, um ihn mit Boykott, De-Investitionen und Sanktionen (BDS) zu belegen.

Zwei junge Männer verlassen während meines Vortrags den Saal. Einer von ihnen ruft mich am anderen Tag an: Ich hätte „gegen Israel gehetzt“. Indem ich nämlich die israelische Siedlungspolitik einseitig als Hindernis für den Frieden herausgestellt habe, hätte ich den „palästinensischen Terror“ als eigentliches Friedenshindernis verharmlost. Noch während des Telefonats geht eine E-Mail bei mir ein. Mein Vortrag sei geradezu unerträglich pro-israelisch gewesen. Mit meiner Ablehnung von Boykottmaßnahmen würde ich die Augen davor verschließen, dass das israelische Besatzungsregime „schlimmer als die Apartheid in Südafrika“ sei.

Sind das nicht genau die „Dämonen“, von denen Uri Avnery spricht? Der „palästinensische Terror“ oder die „israelische Apartheid“? Wer einmal wirklich in beiden Gesellschaften mitgelebt hat, für den lösen sich solche Dämonen bald in Luft auf. Wer die Herzlichkeit, die Gastfreundschaft, die tiefe Bildung und auch das enorme Leiden unter der israelischen Besatzungspolitik in der palästinensischen Gesellschaft erfahren hat, für den wird das Klischee vom palästinensischen Terror rasch zum unerträglichen Zerrbild. Und wer die ethnische und

kulturelle Vielfalt, die Offenheit des politischen Diskurses, das enorme Maß an Selbstkritik in der israelischen Gesellschaft von innen kennt, für den wird die Rede von „Apartheid“ absurd.

Natürlich: Es ist schwer, sich auf beide Gesellschaften gleichermaßen einzulassen. Leichter ist es, Selbstvergewisserung zu erfahren in den Kreisen derer, die dasselbe denken wie ich – und mich zu den jeweils anderen eher konfrontativ zu verhalten. Kann es aber Bewegung, kann es einen Fortschritt geben, wenn jede Konfliktpartei von ihren Unterstützern im Ausland nur darin bestätigt wird, dass der jeweils andere alle Schuld am Konflikt trägt?

Eine solche Selbstvergewisserung in geschlossenen Argumentationszirkeln führt oftmals zu schroffen Konsequenzen: Im Fürbittkalender der Evangelischen Mission in Solidarität (EMS) habe ich ein Gebet für die Christen im Nahen Osten formuliert, in dem es heißt: „Herr Jesus Christus, in Bethlehem bist du zur Welt gekommen, geboren von einer jüdischen Frau, Maria, und hast gelebt in einer Kultur, in der auch unsere palästinensischen Geschwister bis heute zu Hause sind.“ Eine Freundin unseres Hauses bestellt daraufhin den Kalender ab: Das mit der palästinensischen Kultur sei ganz unerträglich. Jesus sei doch kein Palästinenser, sondern Jude. – Immerhin, die Dame hat aus einer bald vierzigjährigen Diskussion an unseren evangelischen Akademien offenbar eine ganz wichtige Einsicht begriffen. Und doch stellt sich die Frage, ob sie womöglich geradezu auf der Suche nach dem Dämonen, von dem Avnery schreibt, die erste Hälfte des Satzes aus dem Fürbittengebet überlesen hat.

An Eifer steht ihr jedoch die andere Seite offensichtlich in nichts nach. So treffe ich in Jerusalem einen palästinensischen Freund nachdenklich vor seiner Haustür an. „Jetzt hatte ich mehrere Tage lang Besuch von einer Solidaritätsgruppe aus Deutschland“, sagt er. „Schön war's. Aber es ist auch schön, dass sie wieder weg sind – denn jetzt kann ich wieder im jüdischen Supermarkt einkaufen.“

1. Die Begrifflichkeit

Entwickelt wurde der Begriff der „Doppelten Solidarität“ im Blick auf Israel und die Palästinenser in den achtziger Jahren des Zwanzigsten Jahrhunderts vor allem in Kreisen linker Friedensgruppen. Eine der prägnantesten Begriffsdefinitionen findet sich in dem gleichnamigen Heftchen von Dirk Biestmann-Kotte: „Doppelte Solidarität basiert auf einer fundamentalen Einsicht: Sowohl israelische Juden als auch Palästinenser haben das Recht, in Sicherheit, Frieden und Freiheit in dem Land zwischen Mittelmeer und Jordanfluss zu leben, das die einen Israel, die anderen Palästina nennen – und das den drei abrahamitischen Religionen – Judentum, Christentum und Islam – Heiliges Land ist.“²

Zum Programm erhoben wurde die „Doppelte Solidarität“ von der Delegiertenversammlung der deutschen Sektion der



internationalen katholischen Friedensbewegung Pax Christi bereits im Jahr 1989. In dem gleichnamigen Beschluss heißt es: „Wir haben Freundinnen und Freunde unter Palästinensern und Juden hier, in Israel und Palästina, mit denen wir solidarisch sein wollen.“ Und: „Wir treten ein für das Recht der Juden auf eine sichere Heimat in Israel.“

Freilich wurde diese „Doppelte Solidarität“ in den folgenden Jahren immer wieder in Frage gestellt. Insbesondere von Palästinensern und Palästinafreunden wurde eingewandt, dieser Begriff setze voraus, dass es zwei homogene Gruppen gebe, die einander gegenüber stünden, und dass zudem zwischen diesen beiden Gruppen eine gewisse Symmetrie herrsche, sodass es möglich sei, ihnen jeweils ein gleiches Maß an Solidarität sozusagen distributiv zukommen zu lassen. Nun seien aber weder die Palästinenser noch die Israelis jeweils eine homogene Gruppe, sondern vielmehr sehr heterogene Ansammlungen der verschiedensten Untergruppen mit jeweils höchst unterschiedlicher politischer oder religiöser Agenda. Zudem verunmögliche auch die Asymmetrie der Machtverhältnisse den ebenso gut gemeinten wie prinzipiell symmetrischen Ansatz der „Doppelten Solidarität“.

Von palästinensischer Seite wurde daher zuweilen der Begriff der „Querschnittssolidarität“ als Alternative vorgeschlagen: Die Solidarität der Partner in Europa und anderswo möge doch bitteschön denjenigen in beiden Gesellschaften gelten, die sich für Menschenrechte und für eine Beendigung der israelischen Besetzung des Westjordanlandes einsetzen. So überzeugend dieser Ansatz klingt, so deutlich ist zugleich eine ihm zugrundeliegende Vorentscheidung in der politischen Analyse, die ich an dieser Stelle zunächst einmal gar nicht werten möchte, die es jedoch bewusst zu machen gilt: Die Vorentscheidung lautet, dass die Schuld an der verfahrenen Situation im Nahen Osten ganz überwiegend – wenn nicht gar ausschließlich – auf einer Seite geortet wird, nämlich auf der israelischen.

Die deutsche Sektion von „Pax Christi“ ist dieser Argumentation in den Folgejahren – und ganz besonders nach der „Zweiten Intifada“ gefolgt. Mit ihrer Beteiligung an der Aktion „Ein Schiff für Gaza“ kam es zu einer Zuspitzung, in deren Folge auf der Delegiertenversammlung im Oktober 2010 die Erklärung „Ungeteilte Solidarität für einen gerechten Frieden“³ verabschiedet wurde. Darin heißt es unter anderem: „Pax Christi hat (...) vor Jahren die Position der ‚Doppelten Solidarität‘ formuliert, mit der die gleichgewichtige Berücksichtigung der Rechte des israelischen wie des palästinensischen Volkes eingefordert wurde. (...) Mit der Verschärfung der Lage im Nahen Osten sehen wir die Notwendigkeit einer Aktualisierung der Position der Doppelten Solidarität. Es bedarf einer entschiedeneren Sprache, wo angesichts eklatanter Menschenrechtsverletzungen Parteinahme erforderlich ist. Verletzung von Völkerrecht und Menschenrechten auf beiden Seiten und die Besatzung schweigend hinzunehmen, kann zu Komplizenschaft mit Unrecht und Gewalt führen.“

Die Forderung einer „entschiedeneren Sprache“ und einer klareren „Parteinahme“ wird freilich auch in ganz anderen Teilen des politischen und kirchlichen Spektrums erhoben. Insbesondere aus den Kreisen derer, die in den vergangenen Jahrzehnten aktiv eine „Theologie nach Auschwitz“ entwickelt haben, melden sich vermehrt Stimmen zu Wort, die auf eine

gewachsene Bedrohungslage Israels und einen zunehmend hoffähigen kirchlichen Antisemitismus hinweisen, der sich in Form einer scheinbar gepflegten Israelkritik bis hin zur Delegitimierung des Staates Israel ausdrücke. Diese Kritik richtet sich vor allem auch an die Traditionskirchen der weltweiten Ökumene sowie ihre Werke und Einrichtungen. Eine klare Parteinahme wird hier nicht nur gefordert, sondern von solchen Kritikern auch selbst vollzogen. So stellen etwa die evangelischen Theologen Wolfgang und Ekkehard W. Stegemann unlängst (offenbar in Anspielung auf die Aktion „Ein Schiff für Gaza“) fest: „Die aus Feindschaft gegen den Staat Israel rührende politische Mobilisierung gegen den jüdischen Staat hat mittlerweile in vielen Kirchen weltweit Formen eines erbitterten Kampfes angenommen. Eine christliche Gruppe wie etwa die, die sich ironischerweise ‚Pax Christi‘ nennt, beteiligte sich sogar an einer Aktion, die von einer gewaltbereiten Organisation in dschihadistischer Absicht durchgeführt wurde.“⁴

Zugegeben: Eine Position der „Doppelten Solidarität“ (ob mit großem oder kleinen D) hat es heutzutage zunehmend schwer. Zwar ist die Nahost-Debatte – vor allem auch in Deutschland angesichts des hier gegebenen speziellen geschichtlichen Hintergrundes – seit jeher polarisiert gewesen. Doch wohl selten konnte man sich so wenig des Eindrucks erwehren, dass sich offenbar alle Seiten so vollständig in den für sie jeweils schlüssigen Denk- und Argumentationsweisen eingerichtet haben, dass eine auch nur annähernd gleichberechtigte Achtung der jeweils anderen Position nahezu in den Bereich des Unmöglichen gerückt ist. Setzt man einmal voraus, dass eine „Doppelte Solidarität“ stets auch auf der Überlegung basiert: „Der andere könnte *auch* Recht haben – und ich könnte *auch* Unrecht haben“, dann muss man wohl oder übel zu dem Schluss kommen, dass wir es hier mit einem äußerst altmodischen Modell zu tun haben, welches nicht mehr allzu viele Anhänger hat.

2. „Doppelte Solidarität“ – geht das (noch)?

Gerade weil die unterschiedlichen Positionen im Nahostkonflikt in sich jeweils äußerst schlüssig und plausibel sind, möchte ich an dieser Stelle eine kleine Übung empfehlen – nämlich sich in die jeweilige „Landkarte der anderen“ hineinzudenken. In der Tat gibt es zwei klassische Landkarten, die von den Israel- und den Palästinafreunden jeweils präsentiert werden. Beide Landkarten sind meistens in den Farben Grün und Weiß gezeichnet, beide sind im Großen und Ganzen richtig – und doch sehen beide jeweils höchst unterschiedlich aus. Und je nachdem von welchem Hintergrund Sie heute herkommen, wird Ihnen in der Regel eine dieser Landkarten recht vertraut sein.

Die erste Landkarte – eigentlich eine Sequenz von Karten; nennen wir sie einmal vereinfacht die „palästinensische Landkarte“ – stellt in ihrem ersten Teil das historische Palästina vom Jordan bis zum Mittelmeer im späten 19. Jahrhundert dar. Eine große grüne Fläche mit vereinzelt weißen Einsprengseln. Grün ist „palästinensisches Land“, die weißen Einsprengsel sind die jüdischen Ansiedlungen jener Zeit, bevor die großen Einwanderungswellen kamen. Auf dem nächsten Bild ist der UN-Teilungsplan von 1947 zu sehen. Die Karte ist



jetzt etwa zur Hälfte Grün und Weiß. Es folgt der Ausgang des israelischen Unabhängigkeitskrieges bzw. der palästinensischen Nakba von 1948/49: Nun sind etwa drei Viertel des Territoriums weiß, also israelisch. Mit dem Sechstagekrieg von 1967 wird alles weiß – und heute finden sich darin nun einige grüne Einsprengsel, kaum zahlreicher als die weißen Einsprengsel auf dem ersten Bild der Sequenz: Die autonomen palästinensischen A-Gebiete nach dem Oslo-Prozess.

Die Botschaft dieser Kartensequenz ist ganz klar: Durch zunehmende jüdische Landaneignung wird den Palästinensern buchstäblich der Boden unter den Füßen weggezogen.

Die zweite Karte – nennen wir sie ebenso vereinfacht die „israelische Landkarte“ – zeigt nun die gesamte arabische Welt, oder, noch beeindruckender: die mehrheitlich muslimischen Länder der Erde. Eine gewaltige Landmasse ist das in der grünen Farbe des Propheten, und man muss schon sehr genau hinschauen, um ungefähr in der Mitte einen winzigen weißen Fleck zu erkennen: den Staat Israel, oder, kaum größer, das Land Israel, also das historische Palästina. Von diesem winzigen weißen Fleck gibt es auf dieser Karte nun vielleicht noch eine Ausschnittsvergrößerung, bei deren Betrachtung man feststellt, dass selbst dieses mikroskopisch kleine Stückchen Erde offenbar keine Ruhe hat. Überall an seinen Rändern wird genagt, färben sich Teile des weißen Fleckchens plötzlich grün ein: mit der Rückgabe der Sinai-Halbinsel an Ägypten 1985, dem Rückzug der israelischen Armee aus dem Gazastreifen 2005 – und mit der Errichtung einer Palästinensischen Autonomie ab 1995 sind grüne Fleckchen nun sogar mitten im Herzen des historischen Landes entstanden.

Auch dies: Ein bedrohliches Szenario, stets verbunden mit der Frage: Wie viel Frieden hat uns der Verzicht auf Land jemals gebracht? Die nahezu automatisch von dieser Karte generierte Antwort lautet: Wohl gar keinen; denn bei den grünen Flecken, die in den vergangenen Jahren zwischen Mittelmeer und Jordan entstanden sind, handelt es sich um nichts anderes als um Dependancen der grünen Länder um Israel herum, von denen eines gar dabei ist, eine Atombombe zu entwickeln. Die „Anderen“ werden erst dann Ruhe geben, wenn auch der letzte Rest „weißen“ Landes auf dieser Karte grün eingefärbt ist.

Beide Landkarten sind natürlich ein wenig simplifizierend; sie blenden Bewegungen aus, die der jeweils beschriebenen Entwicklung zugegen laufen. Nichts destotrotz spiegeln sie sehr realistisch das jeweilige kollektive Lebensgefühl. Und es wäre wohl ein ziemlich unsinniges Unterfangen, das Lebensgefühl eines Anderen in Frage zu stellen. Da mögen die einen kommen und sagen, es sei doch eine verzerrte Wahrnehmung, das Grün um Israel herum als eine derartige Bedrohung anzusehen – denn schließlich sei die israelische Armee doch die stärkste Streitmacht der Region. Dann werden die anderen nur antworten, dass Israel eben keinen Krieg verlieren dürfe: Für jedes „grüne“ Land sei ein verlorener Krieg nämlich nur ein verlorener Krieg; für das einzige „weiße“ Land bedeute ein verlorener Krieg dagegen das Ende der Existenz.

Aus diesem Horizont erklärt sich manches im Handeln der unterschiedlichen Parteien im Nahen Osten. Und da keine der beiden Landkarten wirklich falsch ist, kann es nur hilfreich sein, bei jeder Positionsnahme zur Nahost-Thematik auch die Landkarte der jeweils anderen mitzudenken. Dies mag hilfreich

sein in einer Situation, in der zwei in sich absolut schlüssige Narrative einander gegenüber stehen und zwei Mechanismen nahezu pausenlos damit beschäftigt sind, den jeweils eigenen Narrativ zu bestätigen und zu verfeinern.

Eine Position der „Doppelten Solidarität“, welche dem „Mitdenken der Landkarte des Anderen“ verpflichtet ist, möchte ich nun an zwei kurzen Beispielen ausführen. Das eine betrifft das „Reisen ins Heilige Land“, das andere die Frage: „Wie hältst du es mit der Zweistaatenlösung?“

a. Reisen ins „Heilige Land“

„Kommt und seht“ wird uns von den Menschen aus Israel und aus Palästina immer wieder zugerufen. Wir sollen uns nicht auf die zu gut verdaulichen Drei-Minuten-Häppchen zusammengeschnittene und dabei oftmals einseitige Berichterstattung der Medien verlassen, sondern unseren Partner vor Ort begegnen und uns auf ihre Lebenswirklichkeit einlassen. Nur so könnten vorgefasste Meinungen in Frage gestellt und Vorurteile revidiert werden. So plausibel das klingt – meine Erfahrung aus sechs Jahren Jerusalem ist eine andere. Ich bin in dieser Zeit unendlich vielen Reisenden begegnet – und habe dabei doch nur sehr wenige getroffen, die durch eine Reise ihre vorher gefasste Sicht der Dinge wirklich ganz grundlegend geändert hätten. In der Regel dienen Reisen eher zur Bestätigung der jeweils eigenen Position.

Nun muss man sagen, dass der Tourismus – egal ob im Bereich von Erholungs-, Bildungs- oder Pilgerreisen – in Israel und Palästina mehr ist als nur ein wichtiger Wirtschaftszweig. Er ist immer auch ein Mittel der internationalen Kommunikation und des Kampfes um die Herzen der Weltöffentlichkeit. Zu Hochzeiten schieben sich die Reisebusse nahezu Stoßstange an Stoßstange durch das Land; wer nur irgendwie die Möglichkeit hat (egal ob Jude, Christ oder Muslim), macht einen höchst aufwendigen und teuren Kurs als Reiseleiter, und immer wieder unternimmt die Berufsvereinigung der Fremdenführer neue Vorstöße gegen eine allzu großzügige Erteilung der „grünen Karten“, die es ihren klerikalen Inhabern erlauben, auch ohne Reiseleiterausbildung Pilgergruppen zu den Heiligen Stätten zu führen. Wer Israel und Palästina bereist, muss wissen, dass er Teil eines ebenso umkämpften wie politisch-strategisch wichtigen Marktes ist.

Die meisten Reisegruppen begegnen in der Regel ohnehin nur genau einem Israeli und einem Palästinenser, wobei der Israeli in der Regel der Reiseleiter ist und der Palästinenser der Busfahrer. Natürlich gibt es auch Solidaritätsreisen, die die Begegnung mit Menschen vor Ort in den Mittelpunkt stellen. Wer sich mit solch einer Reisegruppe auf den Weg macht, die von einer Organisation der deutsch-israelischen oder der christlich-jüdischen Freundschaft organisiert wurde, wird eine Unzahl höchst faszinierender israelischer Gesprächspartner treffen – und, um einen Eindruck von Ausgewogenheit herzustellen, zumeist auch einen oder zwei israelische Araber oder Palästinenser, welche die israelische Mehrheitsstimmung bestätigen. In der Regel werden die Teilnehmer solcher Reisen unter anderem die Überzeugung mit nach Hause nehmen, dass die israelische Sperranlage in der Westbank vor allem Leben schütze und daher ein notwendiges Übel sei



– und zumeist werden sie vor der Reise bereits ganz ähnlich gedacht haben.

Aber auch die palästinensischen Hotels in Bethlehem sind ja mittlerweile wieder gut gefüllt, und selbst wenn der palästinensische Reisesektor unendlich viel kleiner ist als der israelische, so finden sich doch hier auch geradezu spiegelbildlich ganz ähnliche Mechanismen wie im israelischen Bereich: Auch hier ist es möglich, Reisen zu unternehmen, bei denen ich den palästinensischen Pfarrern im Raum Bethlehem oder auch dem Besitzer eines nahegelegenen, bedrängten palästinensischen Weinbergs begegne, von der palästinensischen Familie in Beit Jala zum Essen eingeladen werde, und schließlich auch von einem oder zwei jüdischen Friedensaktivisten darin bestätigt werde, in welchem Maß die israelische Besatzungspolitik und die Mauer jegliche palästinensische Entfaltungsmöglichkeit behindern. In der Regel habe ich das schon vorher gewusst – vielleicht hat mein grobes Bild durch die Reise nur ein wenig mehr Farbe bekommen.

Die Frage der „Doppelten Solidarität“ oder des „Mitdenkens der Landkarte des Anderen“ ist nun die, ob ich wirklich Reisen unternehmen möchte, die mich lediglich in meiner Position bestärken – oder ob ich bewusst bereit bin, gerade solche Reisen auszuwählen und von meinem Reiseveranstalter einzufordern, bei denen ich von meinen Gesprächspartnern voraussichtlich herausgefordert werde und meine vorgefasste Position in Frage gestellt wird. Zugegeben: die letztgenannte Option erfordert einen etwas höheren Aufwand.

b. Wie hältst du es mit der Zweistaatenlösung?

Seit vielen Jahren erkläre ich in meinen Vorträgen, dass es für eine Zweistaatenlösung in Israel und Palästina mittlerweile „fünf vor Zwölf“ sei: Wenn das Westjordanland noch mehr von israelischen Siedlungen durchzogen wird, die von noch mehr „Siedlerstraßen“ miteinander verknüpft werden, dann ist es schon sehr bald nicht mehr möglich, „aus einem Omelette wieder zwei Eier“ zu machen – sprich: zwei Staaten nebeneinander in befriedeten Grenzen jemals zu einer Realität werden zu lassen.

Macht man dieselbe Zeitansage allerdings allzu oft, dann stellt sich irgendwann natürlich die Frage, ob womöglich die Uhr stehen geblieben ist und es vielleicht schon Zwölf oder gar fünf nach Zwölf sei. Und in der Tat ist es so, dass seit wenigen Jahren immer häufiger der Ruf nach einer Einstaatenlösung zu hören ist, da die Zweistaatenlösung nicht mehr realisierbar sei. Oder, wie es der eingangs zitierte Uri Avnery kritisch und dabei mit höchst ironischem Unterton feststellt: *„Die Zweistaatenlösung zu befürworten, bedeutet, dass man altmodisch, altbacken, schwerfällig, ein Fossil aus einer längst vergangenen Ära ist. Das Hissen einer Flagge der ‚Ein-Staatenlösung‘ bedeutet, dass man jung ist, nach vorne schaut, einfach ‚cool‘ ist.“*

Interessanter Weise wird die Einstaatenlösung nun von zwei völlig entgegengesetzten Seiten des politischen Spektrums propagiert: Einerseits feiert in extrem antizionistischen Kreisen jener „eine, demokratische und säkulare Staat in ganz Palästina“ fröhliche Auferstehung, welcher das Ziel der PLO-Charta von 1968 darstellte, und der zwischenzeitig fast in Vergessenheit geraten war. Auf der anderen Seite erklärte

erst vor wenigen Tagen der israelische Wirtschaftsminister und Vorsitzende der Partei „Jüdisches Haus“, Naftali Bennett, auf einer viel beachteten Konferenz der Siedlerbewegung die Zweistaatenlösung kurzerhand für „tot“.⁴

Die scheinbar unisone Forderung der Einstaatenlösung mag verlockend sein, doch sollte man nicht dem Trugschluss verfallen, dass die beiden Enden des politischen Spektrums sich plötzlich einig wären, nur weil sie plötzlich formal für ein ähnliches politisches Modell plädieren: Die Einstaatenlösung der antizionistischen Palästina-Solidaritätskreise meint das Ende Israels als jüdischer Staat. Die Einstaatenlösung der Siedler dagegen meint einen exklusiv jüdischen Staat, in welchem allen Nichtjuden allenfalls die Rolle der „Holzhauer und Wasserträger“ (Josua 9, 21-27) zukommt. Wo ließe sich zwischen diesen beiden Polen ein inhaltlicher Kompromiss finden?

Das Scheitern der Zweistaatenlösung wird dabei stets dem jeweiligen politischen Gegner zugeschrieben – man selbst hätte sie angeblich ja eigentlich so gerne gewollt, doch mit den Anderen ging es eben nicht. Und so durchforsten Israelfreunde und Palästinafreunde auf der Suche nach Belegen für ihre Weltsicht mit großem Eifer die Publikationen der jeweils anderen Seite, um stets entrüstet darauf hinzuweisen, wo in den gegnerischen Landkarten mal wieder die „grüne Linie“ vergessen und stattdessen das ganze historische Palästina oder das ganze Land Israel als geopolitische Einheit abgebildet wurde. „Seht her“, wird dann gesagt, „die andere Seite will ja gar keine Zweistaatenlösung“. Ich halte diesen Eifer schlicht für langweilig – denn im Wettbewerb der chronischen Demenz, welche sich im steten Vergessen der „grünen Linie“ äußert, stehen sich beide Seiten in nichts nach.

Gerade deswegen ist es aber so kontraproduktiv, wenn Israelfreunde und Palästinafreunde ihre jeweils bevorzugte Seite in dieser Vergesslichkeit noch zusätzlich anfeuern und nun ihrerseits behaupten, die fortschrittlichste Lösung sei der eine Staat. Je mehr die Zweistaatenlösung durch politische Fakten erschwert wird, desto alternativloser wird sie zugleich – um einen in der Politik leider etwas inflationär benutzten Begriff zu verwenden. Eine „Doppelte Solidarität“ drückt sich daher wohl auch darin aus, den verführerischen Stimmen von beiden Seiten, die doch eigentlich nur ein Ausdruck einer großen Ratlosigkeit sind, nicht auf den Leim zu gehen, sondern beharrlich weiter für eine Zweistaatenlösung einzutreten, welche – wiederum laut Uri Avnery – *„nicht sterben (kann), weil sie die einzige Lösung ist, die es gibt. Verzweiflung kann bequem und verlockend sein. Aber Verzweiflung ist keine Lösung.“*⁶

4. Doppelte Solidarität als kritische Solidarität

Niemand sollte vor der Asymmetrie der Machtverhältnisse im Nahen Osten die Augen verschließen – und darum kann es im politischen Bereich nur darum gehen, diese Machtverhältnisse aneinander anzugleichen, indem endlich auch für die Palästinenser ein lebensfähiger Staat an der Seite Israels entsteht. Der mögliche Einfluss von Besuchern einer evangelischen Akademieveranstaltung in Deutschland auf derartige Entwicklungen ist gewiss nicht gerade gewaltig. Dennoch: Um ein wenig dazu beizutragen, dass der viel zu lange andauernde politische Stillstand auf diesem Weg überwunden wird, wäre



es hilfreich, dass gerade die Israelfreunde kritischer mit Israel sind – und die Palästinafreunde kritischer mit Palästina. Das wäre allemal kreativer, als immer wieder die Dämonen auf der jeweils anderen Seite zu beschwören, von denen eingangs die Rede war.

Vielleicht sind Selbstkritik und eine Kritik gerade an der Seite, die mir im Nahen Osten jeweils am meisten am Herzen liegt, heute ein überaus pragmatischer Ausdruck einer notwendigen „Doppelten Solidarität“. Ich möchte dies zum Schluss an zwei Beispielen ausführen:

Erstens: Von den Israelfreunden wünsche ich mir, dass sie ihre israelischen Partner immer wieder auf die für sie selbst so verheerenden Folgen der Siedlungspolitik hinweisen. Wenn diese Politik nämlich eines Tages eine Zweistaatenlösung unmöglich gemacht haben sollte, wenn dann eines Tages tatsächlich gar nichts anderes mehr übrig bliebe als der eine Staat – dann wäre das, egal wie wir diesen Begriff definieren, gewiss kein jüdischer Staat mehr – und der Präsident würde schon nach heutigen Mehrheitsverhältnissen zwischen Mittelmeer und Jordan nicht mehr Shimon Peres heißen, sondern aller Wahrscheinlichkeit nach Marwan Baghouti. Verhindern ließe sich das dann nur dadurch, dass Israel seinen demokratischen Charakter aufgibt. Gerade Israelfreunde sollten da ihre israelischen Partner immer wieder beharrlich fragen: Wollt ihr das wirklich?

Zweitens: Von den Palästina-Freunden wünsche ich mir, dass sie die Selbstverständlichkeit einer Nicht-Normalisierungspolitik auf palästinensischer Seite immer wieder in Frage stellen. Natürlich verstehe ich meine palästinensischen Freunde, die mir sagen: Die Situation ist bei uns durch die israelische Besatzungspolitik so unnormal, dass wir in der Begegnung mit Israelis einfach nicht mehr so tun können, als wäre alles normal. Aber Verständnis heißt ja nicht, dass ich alle Konsequenzen aus diesem Empfinden unterstützen muss. Die deutschsprachige evangelische Gemeinde in Jerusalem musste schon Konzertabsagen von palästinensischen Musikern aus Ramallah entgegennehmen, für die sie mit viel Mühe bereits die israelischen Passierscheine besorgt hatte. „Bei euch konzertieren ja hin und wieder auch israelische Künstler“, hieß es dann. „Wenn wir da nun auftreten würden, dann wäre das eine Normalisierung der Verhältnisse, die wir nicht wollen.“

Mit den gleichen Argument wurde eine Filmproduktion über den Alltag von Menschen in Jerusalem torpediert, in der viele Palästinenserinnen und Palästinenser eine Gelegenheit gehabt hätten, ihre Erfahrungen der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Aber es hätten eben auch ebensoviele Israelis darin zu Wort kommen sollen. Und unlängst beklagte sich die grüne Vizebürgermeisterin von Jerusalem bei mir, die mit einem gemischten israelisch-palästinensischen Team ein dringend notwendiges Abwasserprojekt für die gesamte Region entwickelt hat. Sie könne dieses Projekt nicht implementieren, da die Palästinenserbehörde aufgrund ihrer Nichtnormalisierungspolitik nicht mit einer jüdisch dominierten Stadtverwaltung zusammenarbeite. Also fließen die Abwässer weiter ungeklärt in die Landschaft. Übrigens: Es sind gar nicht so sehr die „einfachen Menschen“, die eine solche Nichtnormalisierung betreiben – sondern vielmehr einflussreiche Interessengruppen, die einen hohen Druck ausüben. --- Liebe Palästinafreunde, könnt ihr euren Partnern da nicht mal sagen, wie sehr sie sich

mit solchen Kampagnen selbst schaden – statt sie durch eure Forderung von „Boykott, De-Investitionen und Sanktionen“ (BDS) gegen Israel noch in ihrem Eindruck zu bestärken, dass die Selbstisolierung vom politischen Gegner irgendwelche positiven Früchte tragen könnte?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gab in den sechziger Jahren mal den Begriff der „Jubel-Perse“. Was wir heute brauchen, sind keine „Jubel-Israels“ und keine „Jubel-Palästinenser“ – also keine bedingungslosen Apologeten. Was wir vielmehr brauchen, sind Menschen, die den Partnern auf ihrer jeweiligen Seite auch mal ein kritisches Wort sagen können. Meines Erachtens wäre dies ein höchst konstruktiver Ausdruck der doppelten Solidarität.

Dr. Uwe Gräbe

Dieser Vortrag wurde während der Tagung „Über Israel reden. Nahostdebatte und christliche Theologie“ in Landau am 22.06.2013 von Pfarrer Dr. Uwe Gräbe gehalten. Er war ab Mai 2006 Propst in Jerusalem die deutschsprachige evangelische Kirche. Seit 2012 ist er Geschäftsführer des „Evangelischen Vereins für die Schneller-Schulen“, einer Einrichtung unter dem Dach der „Evangelischen Mission in Solidarität“.

- 1 <http://www.uri-avner.de/news/233/17/Ein-Lob-auf-die-Emotion>, 20. April 2013 (zuletzt aufgerufen am 18.06.2013)
- 2 Dirk Biestmann-Kotte, Doppelte Solidarität: Anspruch oder Utopie? Einige – auch theologische – Überlegungen zu einem schweren Begriff (Kleine Texte 2), Berlin 2004
- 3 <http://www.paxchristi.de/fix/files/doc/Beschluss%20Ungeteilte%20Solidarit%E4t.3.pdf> (zuletzt aufgerufen am 18.06.2013)
- 4 Wolfgang Stegemann / Ekkehard W. Stegemann, Luthers Erben. Wie der überwunden geglaubte christliche Antisemitismus als Feindschaft gegen Israel wiederkehrt, Jüdische Allgemeine Wochenzeitung für Politik, Kultur, Religion und Jüdisches Leben, 13.06.2013, <http://www.juedische-allgemeine.de/article/view/id/16208> (zuletzt aufgerufen am 18.06.2013)
- 5 Uri Avnery, Der Esel des Messias, 11. Mai 2013, <http://www.uri-avner.de/news/236/17/Der-Esel-des-Messias> (zuletzt aufgerufen am 18.06.2013)
- 6 Barak Ravid / Jack Khoury, Idea of a two-state solution has reached 'dead end', Bennett says, Haaretz, 17.06.2013, <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/idea-of-a-two-state-solution-has-reached-dead-end-bennett-says.premium-1.530310> (zuletzt aufgerufen am 18.06.2013)
- 7 Avnery, Der Esel des Messias